



**Gemeinde Hünenberg**

## **Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung**

**Montag, 23. Juni 2014**, 20.00 Uhr, im Saal «Heinrich von Hünenberg», unter dem Vorsitz von Gemeindepräsidentin Regula Hürlimann

**Anwesende Stimmberechtigte:** 93 Personen

**Gäste:** 8

**Protokollführer:** Guido Wetli, Gemeindeschreiber

### **Traktanden**

1. Genehmigung des Protokolls der Einwohnergemeindeversammlung vom 9. Dezember 2013
2. Verwaltungsbericht 2013
3. Genehmigung der Gemeinderechnung 2013 und Kenntnisnahme von Abrechnungen über bewilligte Kredite
4. Kreditbegehren für die gestaffelte Ausstattung der Klassenzimmer mit interaktiven Bildschirmen
5. Motion der SP Hünenberg betreffend Wohnraumförderungsfonds – Kenntnisnahme über die Verschiebung der Abstimmung über die Erheblich-/Nichterheblicherklärung
6. Interpellation des Grünen Forums Hünenberg betreffend «preisgünstiger Wohnungsbau» – Antwort des Gemeinderates

### **Begrüssung**

Gemeindepräsidentin Regula Hürlimann begrüsst im Namen des Gemeinderates zur heutigen Gemeindeversammlung. Sie freut sich, dass trotz WM-Fiebers mit den heutigen Spielen Kamerun gegen Brasilien und Kroatien gegen Mexiko um 22.00 Uhr so viele den Weg in den Saal «Heinrich von Hünenberg» gefunden hätten und die traktandierten Geschäfte beraten wollen.

Viel Arbeit habe man nicht vor sich, bei zügiger Beratung verspreche sie, dass die Fussballfans spätestens um 21.55 Uhr zu Hause vor dem Fernseher sitzen könnten. Man berate heute die Rechnung 2013 und ein Kreditbegehren. Dazu werde man von der Verschiebung einer Motionsbeantwortung und von den Antworten zu einer Interpellation Kenntnis nehmen. Als Highlight dürften sich die Anwesenden auf den neuen Gemeindefilm des Hünenberger Filmemachers Michael Werder freuen. Sie freue sich, dass Michael Werder heute persönlich anwesend sei. Mit ihrer Anwesenheit würden die Stimmberechtigten ihr Interesse an der Gemeinderatstätigkeit sowie am Geschehen und an der Entwicklung der Gemeinde Hünenberg bekunden. Vor den ordentlichen Traktanden habe sie noch vier Bemerkungen:

### ***EINBLICK***

Es gebe auch heute noch viele Haushalte, die keine Zuger-Tageszeitung hätten und somit über wenige Informationen über die Arbeit des Gemeinderates verfügten. Darum würden alle Haushalte vier Mal im Jahr das Gemeindemagazin EINBLICK erhalten. Damit bekämen die Hünenbergerinnen und Hünenberger Gelegenheit, sich zu informieren, welche Projekte der Gemeinderat gerade bearbeitet und wie der Stand der Dinge ist. In der letzten Ausgabe sei das Hauptthema die Bilanz des Gemeinderates zu den Exekutivzielen gewesen. Das Gemeindemagazin könne man auch auf der Gemeinde-Website herunterladen. Der Gemeinderat danke denjenigen, die sie sich interessieren und auch die Möglichkeit nutzen, dem Gemeinderat Rückmeldungen zu geben. Denn man wolle die Zukunft von Hünenberg ja schliesslich gemeinsam bestimmen.

### ***Investitionsrechnung***

Sicher hätten die Anwesenden in der Vorlage bei der Investitionsrechnung gelesen, dass der Gemeinderat das Grundstück GS-Nr. 524 im Dersbach habe kaufen können. Das Grundstück liege in der Zone des öffentlichen Interesses für Erholung und Freihaltung sowie gleichzeitig in der kantonalen Uferschutzzone. Es grenze unmittelbar an das bereits der Gemeinde gehörende Grundstück GS-Nr. 2263 (Dersbach 9), das die Gemeinde dem Seeclub Hünenberg vermietet habe. Der Gemeinderat habe dieses Grundstück von Frau Ritter, Affoltern am Albis, zu einem Kaufpreis von rund CHF 1.4 Mio. erwerben können. Die Verkäuferin habe sich ein lebenslanges Nutzungsrecht einräumen lassen, das mit jährlich CHF 6'000.— entschädigt werde. Was anschliessend mit dem Grundstück geschehen soll, sei zurzeit noch offen. Im Vordergrund stehe selbstverständlich eine Nutzung im Interesse der Öffentlichkeit. Der Gemeinderat freue sich, dass die Gemeinde das wunderbare Seegrundstück habe erwerben können.

### ***Bevölkerungszahl***

Es gebe immer wieder Unklarheiten im Zusammenhang mit der Bevölkerungszahl. Haben wir nun 9'000 und mehr Einwohnerinnen und Einwohner oder sind wir darunter. Die Unsicherheit sei durch zwei verschiedene «Zählarten» entstanden, dem wirtschaftlichen Wohnsitz, bei dem auch die Kurzaufenthalter mitgezählt werden, und dem ständigen (zivilrechtlichen) Wohnsitz. Die Direktion des Innern habe beschlossen, dass mit der Inkraftsetzung der Änderungen des Finanzausgleichsgesetzes nur noch der ständige Wohnsitz verwendet wird. Der Wohnsitz sei z.B. wichtig bei der Berechnung des Finanzausgleiches. Die aktuelle Bevölkerungszahl von Hünenberg gemäss wirtschaftlichem Wohnsitz betrage per Ende Mai 2014 9'041 Einwohnerinnen und Einwohner.

### **Elektronische Aufzeichnung**

Die Verhandlungen der heutigen Versammlung würden wiederum elektronisch aufgezeichnet. Dies erleichtere das Verfassen des Protokolls. Die Aufnahmen würden nach Genehmigung des Protokolls (Dezember-Gemeindeversammlung) gelöscht. Die Vorsitzende fragt die Versammlung an, ob jemand gegen dieses Vorgehen Einwendungen erhebe. Dies ist nicht der Fall, so dass der Verlauf der Gemeindeversammlung auf einen Tonträger aufgezeichnet werden kann.

Nach diesen Bemerkungen erklärt die Vorsitzende die heutige Versammlung als eröffnet. Sie richtet einen speziellen Gruss an all diejenigen, die zum ersten Mal an einer Gemeindeversammlung teilnehmen sowie an die anwesende Medienvertreterin (Neue Zuger Zeitung).

Die Vorsitzende stellt fest, dass die Stimmberechtigten durch zweimalige Amtsblattpublikation und Versand der Vorlagen in alle Haushaltungen form- und fristgerecht eingeladen worden sind. Die Vorlagen seien auch auf der gemeindlichen Website aufgeschaltet.

Die Vorsitzende erklärt die Versammlung für beschlussfähig. Sie fordert nicht stimmberechtigte Personen auf, in der ersten Reihe, auf den für sie reservierten Stühlen, Platz zu nehmen. Mit dem Hinweis über die Stimmberechtigung geht sie zu den Tagesgeschäften über.

### **Stimmzählerinnen/Stimmzähler**

Pro Sektor werden zwei Stimmzählende gewählt, um bei knappem Zählerausgang bessere Sicherheit zu haben. Vizepräsidentin Renate Huwyler schlägt neun Personen als Stimmzählende vor.

Nachdem aus der Versammlung keine weiteren Vorschläge eingehen, werden die vorgeschlagenen Personen von der Versammlung einstimmig gewählt.

Die Vorsitzende fordert die Stimmzählenden auf, die Anzahl der Stimmberechtigten in ihren jeweiligen Sektoren zu zählen und zu melden. Insgesamt sind 93 stimmberechtigte Personen anwesend. Die Vorsitzende teilt mit, dass der Gemeinderat bei Abstimmungen jeweils auch abstimme, ausser bei der Abnahme der Rechnung und in aufsichtsrechtlichen Belangen.

### **Traktandenreihenfolge und Abstimmungsform**

Die Versammlung stimmt der vorgeschlagenen Reihenfolge der Traktanden ohne Gegenstimme zu. Die Traktandenliste ist somit genehmigt. Weiter wird dem Antrag der Vorsitzenden auf offene Abstimmungen statt gegeben.

## **Motionen/Interpellationen**

Am 8. März 2014 hat die SP Hünenberg die Motion betreffend Wohnbauförderungsfonds eingereicht. Der Gemeinderat beantragt unter Traktandum 5 eine Verschiebung der Beantwortung bis spätestens zur Gemeindeversammlung vom Dezember 2015.

Am 14. März 2014 hat das Grüne Forum Hünenberg eine Interpellation betreffend «preisgünstiger Wohnungsbau» eingereicht, die unter Traktandum 6 beantwortet wird.

Aus der Versammlung werden keine neuen Motionen/Interpellationen eingereicht.

## **Ausstandsregelung**

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass gemäss § 10 Abs. 1 des Gemeindegesetzes die Gemeinderatsmitglieder bei persönlichen Rechten oder Interessen in den Ausstand treten müssen. Weiter auch dann, wenn sie Mitglieder von Organen sind, die wirtschaftliche Interessen an den zu behandelnden Geschäften haben. Die heute zu behandelnden Geschäfte würden keinen Ausstand von Ratsmitgliedern erfordern.

## **Rückweisungsanträge**

Die Vorsitzende gibt bekannt, dass über Rückweisungsanträge sofort abgestimmt werden muss. Damit über eine Sache diskutiert werden kann, bittet sie die Anwesenden, Rückweisungsanträge erst nach erfolgter Diskussion zu stellen.

## **Traktandum 1**

### **Genehmigung des Protokolls der Einwohnergemeindeversammlung vom 9. Dezember 2013**

Das Protokoll lag den Stimmberechtigten auf der Einwohnerkontrolle zur Einsichtnahme auf. In den Vorlagen zur heutigen Versammlung ist eine Kurzfassung des Protokolls enthalten. Das Protokoll konnte zudem auf der gemeindlichen Website eingesehen bzw. abgerufen werden. Einsprachen zum Protokoll sind keine eingegangen.

Das Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung vom 9. Dezember 2013 wird ohne Wortmeldungen genehmigt und dem Ersteller, Gemeindeschreiber Guido Wetli, verdankt.

## **Traktandum 2**

### **Verwaltungsbericht 2013**

Die Vorsitzende teilt mit, dass der Verwaltungsbericht zusammen mit den Vorlagen allen Haushaltungen zugestellt worden ist. In kurzer Form werde in diesem Bericht über wichtige Ereignisse und Kennzahlen der einzelnen Abteilungen informiert. Der Verwaltungsbericht gebe einen guten Einblick über den Stand und die Entwicklung der Gemeinde. Über den Verwaltungsbericht werde nicht abgestimmt. Er diene der blossen Orientierung und soll zur Kenntnis genommen werden.

Der Verwaltungsbericht wird von der Versammlung ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

## **Traktandum 3**

### **Genehmigung der Gemeinderechnung 2013 und Kenntnisnahme von Abrechnungen über bewilligte Kredite**

Die Rechnung wird von Gemeindepräsidentin Regula Hürlimann vorgestellt. Der Gemeinderat sei sehr erfreut über den Rechnungsabschluss mit einem Ertragsüberschuss von rund CHF 6.165 Mio. In der Folge informiert die Vorsitzende mittels Powerpoint-Präsentation über einzelne Punkte der Rechnung. Für 2013 sei ursprünglich ein Aufwandüberschuss von CHF 171'500.— budgetiert worden. Die Gemeindeversammlung habe dann statt des vom Gemeinderat beantragten Steuerrabattes von 6 % nur einen solchen von 2 % beschlossen, so dass sich der Aufwandüberschuss in einen Ertragsüberschuss von rund CHF 1.1 Mio. verwandelt habe. Vor allem durch Einsparungen im Sachaufwand von rund CHF 740'000.— und zusätzlichen Steuereinnahmen von rund CHF 4.2 Mio. ergebe sich ein Mehrertrag von rund CHF 6.165 Mio. Der Ertrag von total CHF 57.986 Mio. setze sich vor allem aus 50 % Steuereinnahmen, 14 % Beiträgen für eigene Rechnung (z.B. Schülerpauschalen) und 8 % Entgelten (z.B. Feuerwehersatzabgabe, Beurkundungsgebühren, Abwassergebühren etc.) zusammen. Beim Aufwand von CHF 51.822 Mio. seien die Personalkosten mit 54 % der grösste Posten, gefolgt vom Sachaufwand (19 %) und den eigenen Beiträgen von 15 % (z.B. Beteiligung an NFA, Spitex, ZEBA, Familie plus etc.). Die mittel- und langfristige Finanzmarktschuld habe Ende 2013 CHF 23 Mio. betragen. Man habe im Berichtsjahr CHF 2 Mio. zurückzahlen können.

Was die Steuererträge betreffe, sei es das Ziel, CHF 30 Mio. einzunehmen. Diesem Ziel komme man mit derzeit CHF 28.490 Mio. immer näher. Bei den natürlichen Personen würden Steuergesetzrevisionen die Steuereinnahmen mindern, so dass man diesbezüglich nicht vom Fleck komme. Bei den juristischen Personen seien die Einnahmen schwankend. Details seien leider von der Steuerverwaltung Zug nicht erhältlich. Der Gemeinderat hoffe, dass sich die Steuererträge in den nächsten Jahren positiv weiterentwickeln.

Zu den Beiträgen aus dem zugerischen Finanzausgleich erklärt die Vorsitzende, dass man für 2014 CHF 8.6 Mio. budgetiert habe. Infolge eines neuen Modus seien es für 2015 voraussichtlich rund CHF 900'000.— weniger. Man rechne in der langfristigen Planung mit rund CHF 6.2 Mio. an Beiträgen aus dem Finanzausgleich.

Zum Eigenkapital erklärt die Vorsitzende, dass man genügend flüssige Mittel hätte, um Rückzahlungen vornehmen zu können. Allerdings könnten Rückzahlungen auf Grund der Verträge erst bei Ablauf der Laufzeit getätigt werden.

Wie die Vorsitzende weiter mitteilt, liegen vier Abrechnungen über bewilligte Kredite zur Kenntnisnahme vor. Erfreulicherweise hätten ausser einer, alle mit einem Minderaufwand abgeschlossen werden können. Bei der Ufergestaltung des Strandbades habe es während der Bauarbeiten Schwierigkeiten wegen des hohen Wasserstandes sowie unvorhersehbarer Projektergänzungen gegeben. Dies habe einen Mehraufwand von ca. 9 % oder gerundet CHF 54'000.— zur Folge gehabt.

Die Vorsitzende gibt den Vorschlag des Gemeinderates zur Verwendung des Überschusses bekannt. Der Ertragsüberschuss von CHF 6'164'597.55 sei wie folgt zu verwenden:

– Einlage von 1 % oder mindestens CHF 20'000.— des Ertragsüberschusses auf Konto «Rückstellung für gemeinnützige Institutionen und Hilfe im In- und Ausland» gemäss Beschlüssen der Gemeindeversammlungen vom 19. Juni 2000 und 21. Juni 2004:	CHF	62'000.—
– Vorfinanzierung gemeindliche Bauvorhaben	CHF	3'000'000.—
– Zusätzliche Abschreibungen	CHF	2'000'000.—
– Einlage in freies Eigenkapital	CHF	1'102'597.55

AA ergreift das Wort. Die Rechnung 2013 schliesse mit einem Überschuss von CHF 6.16 Mio. Franken ab. Dies sei erfreulich und auch er sei froh darüber. Selbstverständlich dürfe man nicht vergessen, dass der innerkantonale Finanzausgleich angepasst werde, damit die Stadt Zug nicht verarmen müsse. Auch die Meldung, dass der Kanton Luzern sich das Sechseläuten in Zürich nicht mehr leisten könne, möge betrüben. Um so mehr brauche es den nationalen Finanzausgleich. Festzuhalten bleibe auch, dass der erzielte Überschuss lediglich ein Fünftel der Kosten für das Schulhaus Ehret B bedeute. Dennoch sei der Überschuss enorm. 2013 sei auch das Jahr der Hochwasser in weiten Teilen von Deutschland, des Taifuns auf den Philippinen, der Flüchtlingsdramen vor Lampedusa, des anhaltenden Bürgerkriegs in Syrien, der rekordhohen Jugendarbeitslosigkeit in weiten Teilen Europas, aber auch des Amoklaufes in Menznau, des Hangrutsches in Sarnen, des Hagelschlages Anfang Mai und weiterhin notwendiger Hilfeleistungen in der Schweiz gewesen. Die aktuellen Katastrophen seien dabei noch gar nicht erwähnt. Als Präsident der reformierten Bezirkskirchgemeinde bitte er die Anwesenden angesichts des so erfolgreichen Jahres 2013 und der Not anderer in der Schweiz und im Ausland, ein solidarisches Zeichen christlicher Nächstenliebe zu setzen. Oder um es mit Mani Matter zu sagen: «Dene was guet geit, giengs besser, wens dene besser geit was weniger guet geit». Aus diesem Grund stelle er den Antrag, dass Hünenberg für einmal nicht ein Hü, sondern zwei Hü besser sei und den Anteil der Gewinnverwendung für die In- und Auslandhilfe verdopple.

Nachdem aus der Versammlung das Wort nicht mehr gewünscht wird, übergibt die Vorsitzende an Alois Rast, Präsident der Rechnungsprüfungskommission (RPK). Wie man in den Ausführungen der Gemeindepräsidentin gehört habe, sei die Rechnung 2013 sehr gut ausgefallen.

Das freut natürlich auch die RPK, insbesondere auch, dass Kosteneinsparungen hätten erzielt werden können. Zudem würden die erhöhten Steuereinnahmen der juristischen Personen – notabene gut verteilt und ohne Klumpenrisiko – zum guten Ergebnis beitragen. Die gute Liquidität der Gemeinde erlaube eine weitere Rückführung der Finanzmarktschuld und die Bezahlung der aus dem Projekt Ehret B im Jahre 2014 anfallenden Zahlungen ohne weitere Mittelaufnahme. Doch würden in der nächster Zukunft weitere grosse Aufgaben im Raum stehen (Renovation Schulhaus Rony, Sanierung oder Neubau der Gemeindeverwaltung usw.), die beträchtliche finanzielle Mittel erfordern würden. Andererseits würden die Einnahmen beeinträchtigt durch die Revision des ZFA und der anstehenden Steuergesetzrevisionen. Fazit: Die Herausforderungen seien gross und der sorgsame Umgang mit den finanziellen Ressourcen stehe weiterhin im Mittelpunkt. Die RPK danke dem Gemeinderat für seine gute Arbeit und sie werde bemüht sein, den Gemeinderat auch in Zukunft zu unterstützen.

Nach diesen Ausführungen kommt Alois Rast zum Bericht und Antrag der RPK. Diese beantrage, Folgendes zu beschliessen:

1. Die per 31. Dezember 2013 abgeschlossene Jahresrechnung der Gemeinde Hünenberg sei zu genehmigen und dem Gemeinderat Entlastung zu erteilen.
2. Der Ertragsüberschuss pro 2013 von CHF 6'164'597.55 sei wie folgt zu verwenden:
 

– Einlage auf Konto «Rückstellung für gemeinnützige Institutionen und Hilfe im In- und Ausland»	CHF	62'000.—
– Vorfinanzierung gemeindliche Bauvorhaben	CHF	3'000'000.—
– Zusätzliche Abschreibungen	CHF	2'000'000.—
– Einlage in freies Eigenkapital	CHF	1'102'597.55

Dem Gemeinderat, der Rechnungsführerin und den übrigen Angestellten der Gemeindeverwaltung dankt die RPK für die geleistete Arbeit.

Zunächst wird über den Antrag von AA abgestimmt, den Beitrag für Hilfe im In- und Ausland von CHF 62'000.— auf CHF 124'000.— zu verdoppeln. Der Antrag wird mit 23 zu 62 Stimmen abgelehnt.

In der Schlussabstimmung beschliessen die Stimmberechtigten einstimmig Folgendes:

1. Die Verwaltungsrechnung 2013, die Investitionsrechnung 2013 sowie die Bilanz per 31. Dezember 2013 werden genehmigt.
2. Der Ertragsüberschuss pro 2013 von CHF 6'164'597.55 wird verwendet für:
 

– Einlage auf Konto «Rückstellung für gemeinnützige Institutionen und Hilfe im In- und Ausland»	CHF	62'000.—
– Vorfinanzierung gemeindliche Bauvorhaben	CHF	3'000'000.—
– Zusätzliche Abschreibungen	CHF	2'000'000.—
– Einlage in freies Eigenkapital	CHF	1'102'597.55
3. Von den Abrechnungen über bewilligte Kredite wird Kenntnis genommen.

## **Traktandum 4**

### **Kreditbegehren für die gestaffelte Ausstattung der Klassenzimmer mit interaktiven Bildschirmen**

Das Geschäft wird von Ueli Wirth, Gemeinderat und Vorsteher der Abteilung Bildung, vorgestellt. Der Gemeinderat bzw. die Schule habe im vergangenen Jahr über das vorliegende Kreditbegehren bereits mehrfach öffentlich vorinformiert. So habe man bereits im Mai 2013 eine Demonstration für das Klassenzimmer der Zukunft in der Oberstufe durchgeführt, wo gezeigt worden sei, wie die Schülerinnen und Schüler mit iPads und interaktiven Bildschirmen arbeiten. In der Hünenberger Schulinformation vom Juni 2013 habe man auch über die gesamten Investitionsanträge orientiert und auch das pädagogische ICT-Konzept erläutert. Am 10. Mai 2014 habe man eine öffentliche Veranstaltung im Schulhaus Rony durchgeführt, in den ersten eineinhalb Stunden für die Parteivorstände und ab 10.00 Uhr für die Öffentlichkeit im Rahmen der Gesprächsrunde mit dem Gemeinderat. An diesem Anlass habe der Lehrer hautnah gezeigt, wie man in der Primarschule mit diesen interaktiven Bildschirmen umgeht und was man mit diesen machen kann. Er – Ueli Wirth – möchte heute Abend aber trotzdem kurz ein paar Hintergrundinformationen geben, warum man mit diesem Kreditantrag an die Gemeindeversammlung gelange.

Der Gemeinderat habe das letzte ICT-Konzept – das Informations- und Kommunikationstechnologiekonzept für die Schulen – im Jahr 2000 verabschiedet. Basierend auf diesem Konzept habe man damals bestimmt, welche Hardware in den Klassenzimmern zur Verfügung stehen muss. Dies seien dannzumal drei PCs pro Klassenzimmer gewesen, was bis heute in etwa der Fall sei. Der Gemeinderat habe dann 2011 die Schule beauftragt, ein pädagogisches Medien- und ICT-Konzept zu erarbeiten. Das heisse, zu definieren, was die Schule und was die Schülerinnen und Schüler mit dieser Technologie machen, lernen und auch anwenden sollen und was für Investitionen dafür notwendig sind. Es habe sich unter anderem ergeben, dass man auch die Lehrpersonen – aus seiner Sicht endlich – mit PCs ausrüsten muss. Er kenne fast keine Firma, bei der nicht bis zum Lehrling jeder über einen PC verfüge und so habe man denn beschlossen, die Lehrpersonen mit einem Notebook auszurüsten. Diese müssten ja auch flexibel im Schulhaus arbeiten, zum Teil in verschiedenen Zimmern. Das habe man im laufenden Jahr umgesetzt. Somit habe jede Lehrperson mit einem Pensum von 40 % und mehr ein Notebook von der Gemeinde zur Verfügung. Die Lehrpersonen und auch die Schülerinnen und Schüler würden sich heute sehr viel auf dem PC vorbereiten und auch auf dem PC präsentieren. Man drucke ja heute nicht mehr vom PC ein Blatt aus, um dann eine Folie zu kopieren, wie man das noch Ende der 80er- oder 90er-Jahre gemacht habe. Sondern es brauche entsprechende Präsentationshilfsmittel. Und deshalb unterbreite man heute einen Kreditantrag für interaktive Bildschirme, mit so genannten Visualizern für alle Klassenzimmer.

Ueli Wirth stellt bildlich vor, was seit 1984 mit der Technologie passiert ist. Er nehme das Jahr 1984, weil dann das Schulhaus Rony gebaut worden sei. Er zeigt verschiedene Kommunikations- und Präsentationsmittel 1984 und heute. Im Pilotzimmer, das man am 10. Mai 2014 gezeigt habe, sei ein interaktiver Bildschirm neben der vorhandenen Schieferwandtafel eingebaut worden. Ein zweites Gerät, das wie eine Büro- oder Nachttischlampe aussehe, sei der so genannte Visualizer. Mit diesem könne man ein Blatt, ein Buch oder einen dreidimensionalen Gegenstand auf den Bildschirm projizieren. Der Visualizer ersetze somit den Hellraumprojektor.



Was sei denn sonst noch passiert? Er denke, wer kleine Kinder oder Enkelkinder habe, realisiere, dass die Kinder heute sehr früh mit solchen Geräten in Berührung kommen. Die Kinder kämen mit entsprechenden Kenntnissen bereits in den Kindergarten und in die Schule. Die Schule sei auch mit anderen Sachen herausgefordert, vor allem in den oberen Jahrgängen. Dass die Schülerinnen und Schüler auch mit den modernen Medien wie Facebook, Twitter etc. umgehen, sei selbstverständlich. Sie würden ins Google gehen, auf dem Internet irgendetwas machen oder sie würden mailen. Die Schulen seien mit all diesen Einflüssen konfrontiert, welche die moderne Technologie biete. Man sei aber nicht nur im negativen Sinn, sondern vor allem auch im positiven Sinn betroffen, weil man diese Technologie auch für die Bildung in der Schule brauchen könne. Und wir alle wüssten, dass es heute fast keinen Beruf mehr gibt, bei dem Medien- und IT-Kompetenz nicht gefragt ist. Es gehe nicht darum, dass die Schülerinnen und Schüler müssten programmieren können. Aber sie müssten mit diesen Geräten und den Medien kompetent umgehen können, wenn sie die Schule verlassen. So sei denn vom Gemeinderat auch das pädagogische ICT-Konzept im März 2013 verabschiedet worden und daraufhin seien die Investitionen getätigt worden wie beispielsweise die Notebooks für die Lehrpersonen. Bei den Schülerinnen und Schülern würden die vorhandenen PCs nun schrittweise über den Erneuerungsrythmus durch Notebooks ersetzt, sodass auch die Schülerinnen und Schüler viel flexibler als bisher arbeiten könnten.

Ueli Wirth fasst die vom pädagogischen ICT-Konzept geforderte Hardware zusammen: Ein Computer pro Kindergarten mit berührungssensitivem Bildschirm. Es gebe heute ganz interessante, spannende Lernprogramme und Übungsprogramme für Kleinkinder. Für die Primarschule seien drei Notebooks und ein viertes Notebook in einem Koffer vorhanden, der für das ganze Schulhaus zur Verfügung stehe. Damit sollen laufend die pro Schulzimmer vorhandenen drei fixen PC-Geräte ersetzt werden. Auf der Oberstufe gebe es im Moment drei mobile Klassensätze, die flexibel verwendet werden können. Zurzeit sei man gerade an der Auswertung des iPads-Projekts. Anschliessend werde man dem Gemeinderat Antrag stellen, wie man mit den Tablets weiterfahren will. Das sei aber heute noch nicht spruchreif. Hingegen seien im 2014 für die Lehrpersonen Notebooks angeschafft worden. Dies sei ein Entscheid des Gemeinderats im Rahmen seiner Kompetenz gewesen. Und nun brauche es noch entsprechende Visualisierungsmöglichkeiten, damit die erarbeiteten bzw. recherchierten Informationen oder Vorträge auch präsentiert werden könnten.

Die Gemeinde habe sich für Flachbildschirme entschieden und nicht für sogenannte interaktive Wandtafeln, wie sie im relativ neuen Schulhaus Eichmatt installiert worden seien, weil die Technologie im Schulhaus Eichmatt leider bereits wieder veraltet sei. Diese sei auch zu teuer im Vergleich zu Flachbildschirmen. Bei Flachbildschirmen sei der Preis in den letzten zwei, drei Jahren erodiert. Sie seien heute relativ günstig. Flachbildschirme hätten aber auch noch viele andere Vorteile. Die Tageslichtprojektion sei viel besser als bei interaktiven Wandtafeln, welche einen Beamer benötigten. Zudem sei der Ton und der TV-Tuner im Gerät eingebaut. Die Lebensdauer sei um einiges länger als diejenige eines Beamers mit einer Lampe darin. Zudem habe man die Lüftungsgeräusche nicht, was heute in einem Schulzimmer ziemlich störend sei und last but not least brauche es natürlich auch weniger Energie, was nicht ganz unbedeutend bei diesen vielen Bildschirmen sei. Die Flachbildschirme würden in den Klassenzimmern zudem Folgendes ersetzen: Kartenzüge, Hellraumprojektor, Diaprojektor, Stereoanlage, Videorecorder, Fernsehgerät, Episkop, Beamer etc.

Der Gemeinderat habe den Kredit in drei Teile aufgeteilt. Die Flachbildschirme sollen dabei gestaffelt über drei Jahre angeschafft werden, damit später – in ca. acht Jahren – auch die Erneuerung gestaffelt erfolgen kann. Die finanziellen Auswirkungen seien in der Vorlage nebst der alten Darstellung auch in einer neuen Form dargestellt worden. Es handle sich um die degressive Abschreibungsmethode gemäss dem neuen Finanzhaushaltgesetz.

Nachdem das Wort nicht gewünscht wird, schreitet die Vorsitzende zur Abstimmung. Dabei beschliessen die Stimmberechtigten grossmehrheitlich bei einer Gegenstimme Folgendes:

1. Für die gestaffelte Ausstattung der Klassenzimmer und der Fachzimmer für Textiles Gestalten mit interaktiven Bildschirmen bzw. mit Präsentationsmonitoren von 2015 bis 2017 wird ein Rahmenkredit von CHF 552'400.— zu Lasten der Investitionsrechnung bewilligt.
2. Diese Kreditsumme ist bei allfälligen Preisänderungen in der Zeit zwischen der Erstellung des Kostenvoranschlages (März 2014) und der Anschaffung der interaktiven Bildschirme entsprechend anzupassen.

## **Traktandum 5**

### **Motion der SP Hünenberg betreffend Wohnraumförderungsfonds – Kenntnisnahme über die Verschiebung der Abstimmung über die Erheblich-/Nichterheblicherklärung**

Die Vorlage wird von Gemeinderat Beat Gertsch, Vorsteher der Abteilung Bau und Planung, präsentiert. Die Motion habe folgenden Inhalt: «Der Gemeinderat wird beauftragt, für den Erwerb bzw. die Schaffung von preisgünstigem Wohnraum zweckgebundene Rückstellungen zu bilden. Die Rückstellungen erfolgen aus einem Anteil eines allfälligen Überschusses der Rechnung und werden in der Höhe begrenzt». Zu diesem Thema habe es bisher folgende Aktivitäten gegeben:

- Einsetzung der Arbeitsgruppe «preisgünstiger Wohnungsbau»
- Vorstellung des Zwischenberichts der Arbeitsgruppe an der Gemeindeversammlung vom 10. Dezember 2012

Zurzeit würden u.a. folgende Aktivitäten laufen:

- Verhandlungen mit Grundeigentümern über Kauf/Baurecht etc.
- Vertiefte Abklärungen über Eignung (Studienaufträge etc.)
- Prüfung von baurechtlichen «Anreizmodellen»
- Abklärungen über mögliche Finanzierungsmodelle
- Prüfung der Auswirkungen der Revision des Raumplanungsgesetzes (Mehrwertabschöpfung bzw. Mehrwertabgabe)

Dies alles erfordere umfangreiche und zeitlich aufwendige Abklärungen. Bis zur Gemeindeversammlung im Dezember 2015 sollten erste Resultate vorliegen. Deshalb wolle der Gemeinderat die Beantwortung der Motion spätestens bis zur Gemeindeversammlung vom Dezember 2015 verschieben. Die Motionäre seien mit der Fristverlängerung einverstanden.

BB dankt dem Gemeinderat für die bereits getätigten Arbeiten, speziell auch diejenige, welche nach dem Zwischenbericht gemacht worden sind. Es sei der SP bewusst, dass man mit ihrer Motion ein weiteres Feld öffne und damit auch die Zielrichtung des Gemeinderates und der Verwaltung in eine zusätzliche Richtung lenke. Trotzdem sei man überzeugt, mit der Einrichtung eines Wohnraumförderungsfonds ein effizientes und sinnvolles Instrument zu schaffen. Die Überlegungen des Gemeinderates zur Verschiebung seien für die SP nachvollziehbar. Man freue sich jetzt schon, wenn allenfalls bereits im Sommer 2015 eine gehaltvolle, fundierte Vorlage an der Gemeindeversammlung diskutiert werden könne.

Die Verschiebung der Abstimmung über die Erheblich- bzw. Nichterheblicherklärung der Motion der SP Hünenberg betreffend Wohnraumförderungsfonds spätestens bis zur Gemeindeversammlung vom Dezember 2015 wird zur Kenntnis genommen.

## **Traktandum 6**

### **Interpellation des Grünen Forums Hünenberg betreffend «preisgünstiger Wohnungsbau» – Antwort des Gemeinderates**

Die Antwort des Gemeinderates wird von Gemeinderätin und Vorsteherin der Abteilung Soziales und Gesundheit, Käty Hofer, vorgestellt. Es kann diesbezüglich auf die Vorlage verwiesen werden, in der die ausführliche Antwort des Gemeinderates enthalten ist.

CC hält fest, dass das Grüne Forum unabhängig von der SP am Thema «preisgünstiger Wohnungsbau» an der Arbeit gewesen sei. Deshalb sei die Interpellation fast zeitgleich mit der Motion der SP Hünenberg eingereicht worden. Das Grüne Forum könne auch die Motion der SP sehr gut unterstützen, weil es letztendlich immer ums Geld gehe und dieses sollte ja auch parat sein.

Das Grüne Forum bedanke sich für die Antworten des Gemeinderates. Die Neue Zuger Zeitung habe am 18. März 2014 die Medienmitteilung des Grünen Forums zur Interpellation veröffentlicht. Auf der Hauptseite des Zuger Teils sei es zufälligerweise auch um das Wohnen gegangen und der Titel habe gelautet: «Trotz Bauboom bleibt die Lage im Kanton Zug prekär». Der Bericht habe die Wichtigkeit dieses Themas noch unterstrichen. Es sei nicht nur Hünenberg von diesem Problem betroffen, sondern auch noch andere Gemeinden. Man könne das Problem nicht immer nur abschieben, dass man in die Nachbarkantone ziehen könne. Im Kanton Zug sei man weit entfernt vom Wert, der einen funktionierenden Markt kennzeichne. Die meisten Familien würden kleineren, günstigeren Angeboten nachgehen. Aber solche Wohnungen würden nicht die gleich hohe Rendite bringen wie grossflächige und teure Wohnungen. Bei vielen Angeboten hätten die Familien zum Teil keine Chance auf eine bezahlbare Wohnung. Am letzten Montag, 16. Juni 2014, sei zum Thema «Wohnen im Alter» nochmals ein grosser Zeitungsbericht erschienen. Es sei dort zu lesen gewesen, dass die ältere Generation eigentlich lieber in den grösseren Wohnungen bleibt, weil dies für sie günstiger ist als wenn sie in eine kleinere, teure Wohnung umziehen würde. Das heisse, dass es für Familien keine verfügbaren Wohnungen gibt und für die anderen gebe es auch keine Lösung, in kleinere Wohnungen zu ziehen.

Dann sei weiter auch eine Prognose zu lesen gewesen, welche die Entwicklung der zukünftigen Generationen aufgezeigt habe und das habe sie sehr nachdenklich gestimmt. Dies alles mache deutlich, dass bezahlbare Wohnungen unbedingt notwendig seien. Im Jahr 2020 werde jede fünfte Person über 65 Jahre alt sein und bis 2030 sogar jede vierte. Deshalb müsse man schon schauen, dass irgendeine Lösung angestrebt werden kann. Am Stichtag 1. Dezember 2013 sei in Hünenberg keine einzige Wohnung frei gewesen. Es sei ein Bekenntnis, dass der Gemeinderat die Situation vom fehlenden Angebot grundsätzlich erkannt hat. Vom Interesse, ausführbare Projekte vorantreiben zu wollen, wenn Lösungen möglich wären, würden dem Grünen Forum aber konkrete oder sichtbare Schritte fehlen, die ein wenig darauf hinweisen würden. Seit der letzten Ortsplanungsrevision vor zehn Jahren, habe sich diesbezüglich nichts geändert. Und wenn die Anpassung erst im Jahr 2020 in Aussicht gestellt werde, dann dauere das nochmals zehn Jahre. Wenn man die Zahl der vielen pensionierten Leute im Jahr 2020 kenne, sei dies mehr als dringend. Auch wenn der Gemeinderat das «Ronyland» als nicht geeignet beurteile, wäre ein Teil des Bebauungsplans mit preisgünstigem Wohnbau zu berücksichtigen. In der Vorlage weise der Gemeinderat darauf hin, dass der gültige Bebauungsplan zwar Einschränkungen habe, welche preisgünstigen Wohnraum nicht verhindern aber doch etwas erschweren würden. Das Grüne Forum sei der Meinung, dass nicht das ganze Land im Rony für den preisgünstigen Wohnungsbau berücksichtigt werden müsse, aber mindestens ein Teil davon. Die aktuellen preisgünstigen Wohnungen seien eigentlich nicht von der Gemeinde, sondern von der Korporation und der Stiftung für das Alter realisiert worden. Die Gemeinde habe dies aber unterstützt. Das Grüne Forum wünsche sich, dass der Gemeinderat auch die kleinen Schritte unbedingt anpackt. Man sei sich durchaus bewusst, dass die Erarbeitung von Bebauungsplänen und die Ortsplanungsrevision längerfristige Aufgaben sind. Man sei aber der Meinung, dass die kleinen Schritte dringend angepackt werden müssten und dass man hinschaut und Möglichkeiten schafft.

Die Vorsitzende nimmt zum Votum von CC kurz Stellung. Den Antworten des Gemeinderates zur Interpellation könne entnommen werden, dass man mit kleinen Schritten dran sei und mit kleinen Schritten komme man nicht sehr schnell weiter. Es sei gut, wenn eine Gemeinde der Motor sein könne und Private oder Körperschaften motiviere, auf den Weg zur Realisierung von preisgünstigem Wohnraum zu gehen. Sie wisse jedoch nicht, ob die ganze Bevölkerung dafür sei, dass man mit Gemeindegeldern Wohnungen subventioniert. Es gebe wie immer zwei Seiten und auf Grund der Antworten des Gemeinderates könne man davon ausgehen, dass er das Thema ernst nehme. Es gehe in kleinen Schritten vorwärts und das Thema «preisgünstiger Wohnungsbau» werde sicher wieder ein Thema an einer der nächsten Gemeindeversammlungen sein.

Die Versammlung nimmt von der Interpellationsantwort Kenntnis.

## **Schluss**

### ***Termine***

Die Vorsitzende gibt die folgenden, wichtigen Termine bekannt:

- 1. Augustfeier: Sie findet dieses Jahr in Hünenberg See beim Schulhaus Kemmatten statt. Der 44er-Bus fährt gratis drei Mal ab Sonnhalde ins Seegebiet und ab Zythus ins Dorf zurück mit Halt an allen Haltestellen. Der Fahrplan ist auf dem Flugblatt zur 1. Augustfeier aufgeführt.
- Hünenberger Chilbi: Freitag, 22. August bis Sonntag, 24. August 2014, in der Wart
- Letzter Anlass des Jubiläums «600 Jahre Hünenberg»: Chilbisamstag, 23. August 2014. Die offizielle Eröffnung des Hünenberger Themenweges und des Hüpfades findet um 14.14 Uhr statt und wird organisiert vom Verein Hüplus, der die beiden Wege betreibt und sie zehn Jahre unterhält. Der Verein steht unter der Leitung von alt Gemeindepräsident Hans Gysin.
- Samstag, 27. September 2014: Traditioneller Brogge Märt (in und um die alte Reussbrücke in der Zollweid)
- Samstag, 8. November 2014: Gesprächsrunde mit dem Gemeinderat (Thema noch offen)
- 15. Dezember 2014: nächste Gemeindeversammlung

Alle Anlässe werden im Amtsblatt und mit entsprechenden Flugblättern bekannt gemacht.

### ***Wahlen vom 5. Oktober 2014***

Am 5. Oktober 2014 finden die kantonalen und gemeindlichen Gesamterneuerungswahlen statt. Gewählt werden folgende Behördenmitglieder: Kantonsrat, Regierungsrat, Gemeinderat, Gemeindepräsidium, Rechnungsprüfungskommission und Präsidium Rechnungsprüfungskommission. Die Vorsitzende motiviert die Anwesenden zur Teilnahme an der Wahl. Was den Gemeinderat betreffe, würden sich alle aktuellen Gemeinderatsmitglieder zur Wiederwahl stellen.

Bevor der neue Hünenberger Film nochmals gezeigt wird, dankt die Vorsitzende den Anwesenden für ihr Kommen zur heutigen Gemeindeversammlung. Sie und ihre Kolleginnen und Kollegen aus dem Gemeinderat würden sich freuen, im Anschluss an die Versammlung mit den Anwesenden auf die Gemeinde und die bevorstehenden Sommerferien anzustossen und miteinander ins Gespräch zu kommen.

Schluss der Einwohnergemeindeversammlung: 21.20 Uhr

Hünenberg, 21. August 2014

### **Für das Protokoll**

Guido Wetli